What´s up? Que pasa? Was geht ab?
LIBERTÄRER TERMINKALENDER

13.-18. Mai (Pfingsten)
Los geht´s - Kommunetreffen
"Selbstbestimmt leben - Gruppen gründen",
in der Kommune Walterhausen (bei Erfurt / Thüringen)
Info und Anmeldung:
http://www.losgehts2005.de

16.-19. Juni
"Fight Old Europe - Delete Capitalism!"
Aktionstage gegen den EU-Gipfel in Luxembourg:
16.-18. Juni, RISE-Widerstands-Camp
(in Esch/Alzette) mit Gegengipfel, Demos und Konzerten
18. Juni
Großdemo mit antikapitalistischem Block,
15 Uhr, Hbf. Luxembourg
http://www.eurotop.lu

MEHR TERMINE GIBT`S IM **"PLOTTER"**:
http://infoladen.net/koeln/plotter

Anarchosyndikat "eduCat"
c/o Buchladen "Le Sabot"
Breite Str. 76, D-53111 Bonn
educat@anarchosyndikalismus.org
http://anarchosyndikalismus.org

Wer Interesse hat beim Umsonstladen oder beim "Libertären Radio" mitzumachen, kann sich gerne mit uns in Verbindung setzen...

Umsonstladen "brauchbar"
http://anarchosyndikalismus.org/brauchbar.htm

jeden Dienstag, 17 - 20 Uhr
(ab 19 Uhr Volxküche)
beim **"Romero-Café"**
im **"Oscar-Romero-Haus"**,
Heerstr. 205, 53111 Bonn-Nord,
http://www.oscar-romero-haus.de/
(Bei gutem Wetter im Garten, bei schlechtem Wetter im Keller!)

jeden letzten Sonntag im Monat ab 15:30 Uhr bei **nn-tv**:
29. Mai, "Land and Freedom" und
26. Juni, "Oscar Romero - Tod eines Erzbischofs"
jeweils ab 16 Uhr, Filmvorführung mit Kaffee & Kuchen,
im **"Kult 41"**, Hochstadenring 41,
53111 Bonn-Nord (Viktoriabrücke),
http://www.kult41.de

WEITERE REGELMÄßIGE TERMINE:

dienstags 17 - 20 Uhr
"Rosa-Luxemburg-Bibliothek"
im **"Oscar-Romero-Haus"**,
Heerstr. 205, 53111 Bonn-Nord,
http://www.oscar-romero-haus.de/

dienstags, 20-22 Uhr und freitags, 19 - 21:30 Uhr
Infoladen Köln, gleichzeitig
Volxküche & Café, ab ca. 20 Uhr
in der **LC36**, L.-Camphausen-Str. 36,
U: Hans-Böckler-Platz / Köln-West

libertäre zeiten
infoblättchen des anarchosyndikats eduCat

UMSONST (IST DAS NIE...) Nr. 6, FRÜHLING 2005

Sind wir sicher?

Kölner Polizei durchsucht den Alltag

Seit dem Sommer 2004 arbeitet die Kölner Polizei an einer Kampagne zur ständigen Kontrolle und Überwachung, damit ihre „Vision 2010“ verwirklicht wird. Denn nach ihrer Vorstellung, soll Köln bis dann „die sicherste Millionenstadt Deutschlands“ werden.

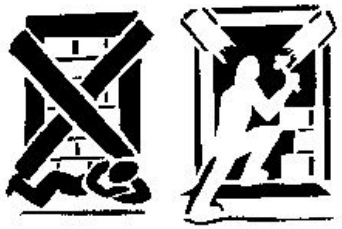
Seit Ende letzten Jahres gehen nun Polizei, Bundesgrenzschutz, städtisches Ordnungsamt, Ausländeramt, Zoll und die Kölner Verkehrsbetriebe gemeinsam auf Jagd nach Kriminellen und Verkehrssündern.
So führten beispielsweise am 15. März 2005 erneut hunderte Polizeikräfte in mehreren Stadtteilen Kölns Kontrollen und Durchsuchungen wegen "Bekämpfung der Straßenkriminalität, Kontrollen im Rotlichtmilieu und Verkehrskontrollen" durch. Dadurch sollen - laut Polizeiangaben - "die Kriminalitäts- und Unfallzahlen gesenkt sowie das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger gestärkt werden." Allein an diesem Aktionstag wurden insgesamt 13 Personen wegen Taschendiebstahl, illegalem Aufenthalt, Urkundenfälschung und Widerstand festgenommen. Ausserdem führten Zivilbeamte in den Straßenbahnen 1 und 9 "Gefährdeansprachen" mit verdächtig erscheinenden Jugendlichen durch, um sie "an der Begehung oder Fortsetzung von Straftaten zu hindern". Bei Verkehrskontrollen der "Kölner Verkehrsbetriebe" (KVB) in der U-Bahn (U4, Venloer Str. / Gürtel) wurden zahlreiche Leute ohne gültigen Fahrschein aufgegriffen. Die Polizei kontrollierte bei der Gelegenheit auch noch die Ausweise der SchwarzfahrerInnen und anderer Verdächtiger. Eine kleine Gruppe verteilte spontan Flugblätter gegen diesen Einsatz und warnte bei der Gelegenheit in den benachbarten Stationen die U-Bahn-KundInnen vor der Polizeikontrolle, so...

INHALT:

Köln: Polizeikontrollen	1-3
Bonn/Dessau: Polizeigewalt	4-6
Britannien: Knast-Sklaverei	7/8
Tschetschenien-Krieg	8-11
Lied / Comic	12/13
Erster Mai	14/15
Kurzmeldungen	16-19
Termine	20

dass einige rechtzeitig die Züge verlassen und der Razzia entfliehen konnten.
Auch auf dem Wochenmarkt in Vingst wurde eine gemeinsame Razzia von Ordnungsamt, Zoll, Steuerfahndung und Ausländeramt durchgeführt, wobei 19 VerkäuferInnen gefunden wurden, die angeblich der Schwarzarbeit nachgegangen sind. Am gleichen Tag hatten Zivilbeamte gemeinsam mit dem Ausländeramt vier Gaststätten in den Kölner Stadtteilen Südstadt, Eigelstein und Mülheim nach illegalen Prostituierten durchsucht. Auch eine Woche zuvor, am 09. März, hatte die Polizei vier Wohnungen und zwei Gaststätten in Ehrenfeld und in der Innenstadt durchsucht. Drei Bulgarinnen und ein Aserbaidjaner wurden sofort in Abschiebehaft gesteckt. Mehr Glück hatte ein Kunde bei einer Razzia in einem Afro-Shop beim Barbarossaplatz, der rechtzeitig die Flucht ergreifen und entkommen konnte.

Gegen die zunehmenden Kontrollen, die je nach Jahreszeit betitelt werden, hatte sich bereits Ende 2004 ein Aktionsbündnis („Wintercheck“) gegründet, das schliesslich am 19. März 2005 eine Demonstration mit über 200 TeilnehmerInnen in den Stadtteilen Kalk, Deutz und Mülheim organisierte. Diese Bezirke sind, neben der Innenstadt und Ehrenfeld, von der Polizei zu jenen Problemstadtteilen erklärt worden, wo besonders viele Kontrollen durchgeführt werden. Aber auch am Kölner Hauptbahnhof ist der Bundesgrenzschutz auf Streife und sucht aus dem Strom der Reisenden verdächtige Personen (meist Arme oder AusländerInnen) heraus. Unter dem Motto "Jede Stunde, jede Klasse" wurde daher kurz vor der Demonstration die DB-Lounge im Hauptbahnhof geöffnet, die sonst nur für Reisende der 1. Klasse zugänglich ist. Von einem Geigenkonzert begleitet wurden die Ledersessel und Tische auf den Bahnsteig getragen



und Flugblätter verteilt. Die Polizei war schnell vor Ort und reagierte aggressiv. Sie kontrollierte mehrere vermeintliche DemonstrantInnen und nahm sie in Gewahrsam. Auch wenig später auf dem Demonstrationsauftakt in Kalk wurde der öffentliche Raum spielerisch besetzt als ein Haufen Punks und eine Trommelgruppe in das neu eröffnete Einkaufszentrum „Köln Arcaden“ schlendern wollten. Der Sicherheitsdienst war jedoch an solcher Kundschaft nicht interessiert, verweigerte den Bunthaarigen den Zutritt und rief die Polizei. Der Protestzug konnte trotzdem starten und forderte lautstark und ironisch einen allgemeinen polizeilichen Hubschraubereinsatz. Der liess jedoch nicht lange auf sich warten, denn wenige Tage später setzte der Bundesgrenzschutz auch in Köln seine Hubschrauber ein. Mit Wärmebildkameras ausgerüstet sollten dadurch nachts illegale Graffiti-Sprayer aufgespürt werden, wobei jede Flugstunde 1.190 Euro kostet. Das Ergebnis der nächtlichen Einsätze waren massenhafte Beschwerden wegen Ruhestörung und zwei kontrollierte Bahnmitarbeiter, aber keine einzigen SprayerInnen.

Trotzdem feiert die Polizei ihre "Aktion Wintercheck" als Erfolg: [...] Insgesamt wurden seit Beginn der Kontrollen über 1.300 Verdächtige überprüft, 55 Personen wurden vorläufig festgenommen, weil gegen sie entweder ein Haftbefehl vorlag, sie sich illegal in Deutschland aufhielten, sie Drogen dabei hatten oder Diebstahlsdelikte begangen hatten. Zudem wurden über 1.500 AutofahrerInnen kontrolliert, dabei verhängten sie 372 Verwarngelder und 103 Ordnungswidrigkeitsanzeigen.

Seit April 2005 wird die Aktion "Wintercheck" im Rahmen der Polizei-„Vision 2010“ nun unter dem zynischen Motto "Frühlingszauber" weitergeführt. Weitere Schwerpunkte sind dabei: „Diebstahl aus Kraftfahrzeugen, Strassenraub, Sicherheit für Radfahrer, Gurtpflicht, Kindersicherung in Kraftfahrzeugen und Verkehrssicherheit für Senioren“. Die Kontrollen in den Stadtteilen Kalk, Mülheim, Ehrenfeld und Innenstadt werden dabei noch auf andere „Brennpunkte“ ausgedehnt, zum Beispiel auf die Stadtteile Klettenberg, Sülz und Chorweiler. [...]
An den „Brennpunkten“ entlang der Universitätsstraße, der Aachener Straße und der Mülheimer Brücke werden PolizistInnen „mit Mountainbikes und Motorrädern besonders an belebten Kreuzungen auf Rotlichtverstöße und Fahren entgegen der Fahrtrichtung achten. Angehaltene Fahrräder werden auch auf Diebstahlsmerkmale untersucht um so Fahrraddieben auf die Spur zu kommen.“ hiess es aus dem Polizeipräsidium. Ausserdem wird die Polizei zusammen mit der Stadt Köln Geschwindigkeitskontrollen durchführen und das Parken auf Fahrradwegen überwachen.

Unter dem Motto der Sicherheit für die BürgerInnen soll diese staatlich-städtische Kontrolloffensive die Rechtsgläubigkeit und Unterwürfigkeit der Bevölkerung verstärken. In Zeiten des zunehmenden Abbaus der Sozialleistungen und der sich verbreitenden Armut werden Zwangsmassnahmen, wie Kontrollen, Schikanen und Arbeitsdienste benutzt, um jeden Protest im Keim zu ersticken und die Köpfe der Menschen vorzubereiten für den digitalen Überwachungsstaat. [...]

Infos zum "Kontrollverlust"
http://www.wintercheck.agitart.de

Tödliche Polizeigewalt in Dessau und Bonn

Am 15. März fand zum neunten Mal der *„Internationale Protesttag gegen Polizeibrutalität“* statt. Er war zum ersten Mal am 15. März 1997 in der Schweiz ausgerufen worden, nachdem Einsatzbeamte zwei Kinder verprügelt hatten.

In den folgenden Jahren wurden die Solidaritätsaktionen auf Anregung des Schweizer Kollektivs "*Drapeau Noir*" (Schwarze Fahne) und mit Hilfe der kanadischen Gruppe „BürgerInnen gegen Polizeibrutalität“ aus Montreal weltweit dezentral durchgeführt. Auch in Deutschland gibt es genügend Anlässe gegen die Gewalt des Staates zu protestieren. Immer wieder werden einige Polizeiübergriffe bekannt, aber die Dunkelziffer ist hoch. Denn in vielen Fällen haben die Opfer Angst vor einer Anzeige, und die offene Gewalt der Staatsbeamten ist nicht selten politisch und rassistisch motiviert.

Zum Beispiel starb Anfang des Jahres der Asylbewerber Oury Jalloh im Polizeigewahrsam im ostdeutschen Dessau. Wie die Flüchtlingsorganisation *„The Voice“* mitteilte, befand sich der Afrikaner in Gewahrsam, weil ihm vorgeworfen wurde mehrere Frauen belästigt und Widerstand gegen die Polizei geleistet zu haben. In der Arrestzelle sei dann aus ungeklärter Ursache Feuer ausgebrochen. Ein Beamter habe versucht, die Flammen zu löschen, sei aber wegen der starken Rauchentwicklung nicht mehr in die Zelle gelangt. Für den Mann sei dann jede Hilfe zu spät gekommen.

Aber nach dem Tod des Asylbewerbers ist festgestellt worden, dass Oury Jalloh gefesselt war als in der Zelle das Feuer ausbrach. Zunächst war vermutet worden, der 21jährige aus Sierra Leone habe sich am 7. 01. 2005 in Selbstmordabsicht selbst angezündet. Aber mittlerweile sind Zweifel an der offiziellen Darstellung aufgekommen. Die "Mitteldeutsche Zeitung" berichtete, der 21jährige sei während des Zellenbrandes an ausgestreckten Händen und Beinen fest angebunden gewesen. Ausserdem habe eine Obduktion der Leiche festgestellt, dass seine beiden Handgelenke gebrochen waren. Bei den folgenden Untersuchungen entdeckten die Spezialisten des Landeskriminalamtes Magdeburg die Reste eines Feuerzeuges. Wie der Afrikaner trotz Fesseln an Händen und Füßen mit einem Feuerzeug die Matratze in seiner Arrestzelle anzünden konnte, kann die Polizei nicht erklären. Auch ist noch ungeklärt, woher das Feuerzeug stammt, denn sowohl die Zelle als auch der Gefangene waren zuvor durchsucht worden.

Nach dem Brand wurden daher zwei diensthabende Beamte vorübergehend versetzt. Die Gegensprechanlage zwischen der Zelle und dem Polizeirevier war nämlich bei Ausbruch des Feuers ausgeschaltet gewesen, so dass er keine Hilfe rufen konnte. Ein Gutachten der Staatsanwaltschaft besagt ausserdem, dass der Rauchmelder einwandfrei funktioniert hat. Die Beamten hätten also bereits nach zwei Minuten in der Zelle nachschauen müssen. Weil sie aber den Feueralarm zweimal wieder ausgeschaltet hatten, wurden gegen drei Polizisten wegen fahrlässiger Tötung Ermittellungen aufgenommen.

Nur sechs Wochen nach dem mysteriösen Todesfall kam im Dessauer Polizeigefängnis erneut ein Mensch ums Leben. Ein 51jähriger Obdachloser starb unter ungeklärten Umständen nachdem er vom Rettungsdienst auf einem Spielplatz betrunken aufgegriffen und der Polizei übergeben wurde.

In Bonn hingegen wurde der Fall des jungen Italieners Antonio G. bekannt. Am 16. November war der 30jährige wegen einer Schlägerei in einem Call-Shop in Gewahrsam genommen worden. Angeblich widersetzte sich der Betrunkene der Festnahme und griff die Beamten an. Drei Polizisten haben ihn dann in der Gewahrsamszelle auf den Bauch gelegt und einer hat sich auf seinen Rücken gekniet. Er wurde an Händen und Füßen gefesselt und am Kopf festgehalten, damit ihm trotz seiner heftigen

Gegenwehr ein Arzt eine Blutprobe entnehmen konnte. Dabei musste der Polizeimediziner auffällige Atemprobleme bei dem Gefesselten feststellen. Antonio G. hatte einen Panikanfall, der kurze Zeit später zur Bewusstlosigkeit und dann zum Herzstillstand führte. Bis ein Notarztwagen im Polizeipräsidium eintraf, musste der Gefangene mit Wiederbelebungsversuchen vor dem Tod gerettet werden. Im Krankenhaus wurde er in ein künstliches Koma versetzt, aus dem er wohl nie wieder (und wenn, dann nur mit schweren Hirnschäden) aufwachen wird. Die vier Polizisten wurden mittlerweile versetzt und die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen sie und gegen den Polizeiarzt wegen „Verdacht auf Körperverletzung im Amt“. Ein Überwachungsvideo aus der Zelle belegt, dass der Betrunkene falsch gefesselt und auf dem Bauch liegend fast eine halbe Stunde lang ohne Aufsicht liegen gelassen wurde.

Diese aktuellen Fälle von Staatsgewalt, haben zwar in den bürgerlichen Medien für ein wenig Aufsehen gesorgt. Aber

Oury Jalloh und Antonio G. sind nicht die einzigen Opfer, sie sind keine Einzelfälle. Erinnert sei hier der Tod des Kölners Stefan Neisius, der im Polizeigewahrsam verprügelt und im lebensbedrohlichen Zustand auf dem Bauch gefesselt liegengelassen wurde. Ein weiteres Opfer der lebensgefährlichen Polizeimethoden wurde im Juli 2004 der Umweltaktivist Wolfgang K. der Mitglied im Vorstand des „Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz“ ist. Er wurde von zwei Bonner Polizisten bei einer Personalienfeststellung brutal zusammengeschlagen. Als er bewusstlos wurde, sperrten sie ihn ein und fesselten ihn. Beinahe wäre der Bewusstlose an seiner eigenen Kotze erstickt. Genau diese Arrestzelle im Bonner Polizeipräsidium ist nun durch den Hirntod von Antonio G. bekannt geworden. Wolfgang K. hatte Glück und hat das Bewusstsein nicht verloren. Gegen den Polizisten hat der Umweltaktivist bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe Anzeige erstattet wegen versuchtem Totschlag, Folter und schwerer Menschenrechtsverletzung. Die Staatsanwaltschaft Bonn versucht im Gegenzug Wolfgang anzulasten, er habe "vorsätzlich falsche Anschuldigungen" gegen die Polizei erhoben.

Solange die Opfer von Polizeigewalt immer wieder Angst haben müssen mit Gegenanzeigen und Verleumdungsklagen unter Druck gesetzt zu werden, solange müssen wir eine kritische Öffentlichkeit schaffen und gegen die tägliche Polizeiwillkür protestieren. Der Staat hat das Monopol auf Gewalt und das nutzt er auch aus. Vertrauen wir nicht auf parlamentarische Untersuchungen und richterliche Urteile - vertrauen wir auf unsere Solidarität und wagen wir gemeinsam den Versuch diese tödliche Maschinerie, diese Verhältnisse wieder zum Tanzen zu bringen...!

KLEINANZEIGE:

Wer Interesse an Straßentheater wie dem anarchistischen **Living Theatre** und möglichen AKTIONEN in Form eines spontanen "*Flash Mobs*" hat, kann sich gern mit uns in Verbindung setzen:

Anarchosyndikat "eduCat",
c/o Buchladen "Le Sabot",
Breite Str. 76, D-53111 Bonn
educat@anarchosyndikalismus.org,
http://anarchosyndikalismus.org

...LA K@K@L@K@...

Britannien: Sklaverei im Privat-Knast

In den letzten zehn Jahren ist die Gefängnispopulation in England und Wales rapide gestiegen. Der jetzige Zustand kann als Erreichen epidemischer Ausmaße beschrieben werden. Da die Regierung mit dem Zustrom von Gefangenen nicht fertig wird und sie in Wirklichkeit nicht einmal mehr unterbringen kann, soll wieder mal der Privatsektor die Rettung bringen.

Einkerkerung ist jetzt ein großes Geschäft für die neugeschaffene Bewachungsdienstleistungsindustrie, mit Konzernen wie "Group 4" und "Premier" als Pionieren privat betriebener Gefängnisse und "Securicor", die sich um Bewegungen zwischen Gefängnissen und Gefangenentransporte zum und vom Gericht kümmert. Aber es gibt auch noch eine weitere, dunklere Seite, die nicht sofort klar wird, wenn man keinen Überblick hat. Die drei Hauptakteure sind draufgekommen, daß sie das große Geld nicht nur mit Einsperren und Bewachen verdienen können, sondern daß sie auch mit den Gefangenen selbst noch mehr Geld machen können, um ihre überquellenden Tresore weiter zu füllen.

Rehabilitationsprogramme wurden gestrichen, Ausbildungsstunden in die Tonne geklopft, und qualifizierte Handwerkskurse sind Vergangenheit. Stattdessen wurden Produktions- und Verpackungslinien eingerichtet, mit Löhnen und Arbeitsbedingungen, die an Sweatshops in der dritten Welt erinnern.
Der private Sektor beabsichtigt, Gefangene auszubeuten, um seine eigenen Bedürfnisse zu erfüllen, und wird in seinen Bemühungen unterstützt von Gefängnisordnungen und -regeln, die alle verurteilten Gefangenen zur Arbeit verpflichten. Und weil zwischen Gefängnis und Gefangenen kein Arbeitsvertrag besteht, hat der/die Gefangene auch keinen Anspruch, für seine/ihre Arbeit Geld zu bekommen. Stattdessen erhalten Gefangene gewöhnlich nicht mehr als ein paar Pfund (£) pro Woche, die vom Gefängnis als "Geschenk" definiert werden.

Da sie für die Arbeitskraft nichts berechnen müssen, wenn sie sich um Aufträge bemühen, können Konzerne wie "Group 4" und "Premier" leicht andere Mitbewerber um Marktanteile unterbieten und haben kein Problem, Aufträge an Land zu ziehen, die sonst nach Übersee gehen würden. Diese Schlupflöcher erlauben es, daß die Sklavenarbeit in britischen Gefängnissen floriert und bedeuten, daß die Produktions- und Einzelhandelsgiganten vor Enttarnung geschützt werden. [...] Auf die Gefängnisarbeit in den USA verlassen sich die großen Produktions- und Einzelhandelskonzerne mittlerweile so sehr, daß sie tatsächlich helfen, mehr Gefängnisse zu bauen, um sich

billige Arbeitskräfte für die kommenden Jahre zu sichern. Ein Mangel an Gefangenen, um diese Gefängnisse zu füllen, hat dazu geführt, daß Menschen für Straftaten eingesperrt werden, für die normalerweise garkein Freiheitsentzug verhängt wird. Gefängnisprivatisierung und Gefängnissklaverei sind ein- und dasselbe.

Kontakt:
againstprisonslavery@mail.com

Quelle: "Direct Action", Nr. 30
(Solidarity Federation - IAA),
http://www.direct-action.org.uk

Hintergründe des Tschetschenienkrieges

Ein Bericht der KRAS-IAA:
Wir gehen davon aus, dass es keinen gerechten Krieg in unserer modernen Zeit gibt, ausser dem Klassenkrieg. Unserer Ansicht nach sind die Schuldigen auf beiden Seiten [des Krieges] die Herrschenden, und die Opfer sind die einfachen Leute.

Beim Beginn des Zweiten Tschetschenien-Krieges hatte unsere Gruppe [KRAS-IAA] auf Flugblättern, die wir an die Mauern von Moskau plakatiert hatten, das Folgende bekanntgegeben: „Nieder mit dem Krieg! Ihr könnt uns nicht verarschen! Yelzins, Mashadovs (1), Putins, Bashayevs (2) - sie alle sind die selbe Bande! Sie haben den Terror in Moskau, Volgodonsk, Dagestan und Tschetschenien organisiert. Es ist ihr Spiel, es ist ihr Krieg. Sie brauchen ihn für ihre Machtspiele! Sie brauchen ihn für ihren Kampf ums Öl. Warum sollten unsere Kindere für ihre Interessen sterben? Die Oligarchen sollten sich besser gegenseitig abknallen! Glaubt nicht dem nationalisischen Wahnsinn: man kann nicht eine „Nation“ für die Verbrechen einiger weniger verantwortlich machen, schon gar nicht für Verbrechen, die nur den Herrschenden aller „Nationen“ dienen. Beteiligt euch nicht an diesem Krieg! Leistet mit allen notwendigen Mitteln Widerstand! Streikt gegen den Krieg und gegen Kriegstreiber!“
Für uns sind die Kriegsgründe also eindeutig. Trotzdem wollen wir einige Details erläutern. Was die russischen Herrschenden betrifft, dient dieser Krieg der nationalistischen Legitimation ihrer Macht. Es ist auch eine Übung für die neuen Wahltechnologien von Putin und die Oligarchen, die ihn unterstützen. aber es gibt auch andere Gründe, warum Russlands Herrschende Ströme von Blut im Kaukasus fliessen lassen. Einige von ihnen sind einfacher wirtschaftlicher Natur. Öl und seine Transportwege sind für die Wirtschaft des kapitalistischen Russlands sehr wichtig. In der Tat sind die Ölvorräte in Tschetschenien nicht sehr reichhaltig und von schlechter Qualität. Aber sie gewährleisten eine billige Ölversorgung für die ganze Region. Auch transportieren zwei wichtige Pipelines Öl aus dem Kaspischen Meer durch Tschetschenien. Russland will diese nicht verlieren und ausserdem befinden sich die russischen Ölmultis im Kampf mit US-Multis um die azerbejianischen Ölvorräte. Sie ziehen es vor dieses Öl durch russisches Gebiet statt durch die Türkei zu transportieren.

Ein weiterer, eher politischer Grund ist, dass das senile russische Imperium nicht die Abspaltung von Tschetschenien möchte, weil es Angst davor hat, das würde ein Vorbild für andere Regionen werden. Besonders jetzt, da die lokalen Verwalter und Herrscher an mehreren Orten zunehmend unabhängiger und stärker werden. Tschetschenien muss geschlagen werden und dient als Beispiel, um andere abzuschrecken.

Was die tschetschenischen Herrschenden betrifft, so wünschen sie die Hegemonie in der Region durch das Abtrennen vom Land des alten Imperiums zu gewinnen. Das ist das imperialistische Prinzip des Stärkeren. Das tschetschenische Militär spielt eine wichtige Rolle, zum Beispiel in den Kämpfen gegen georgische Truppen in Abchasien und die tschetschenischen Politiker träumen von einer Föderation kaukasischer Nationen. Die Gründe für das Interesse der tschetschenischen Eliten für einen Krieg im Nordkaukasus sind auch innerer Natur. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde dieses Land tatsächlich zwischen den verschiedenen Warlords aufgeteilt., die sich feudal aufführten und ihre eigenen Armeen unterhielten, sowie Entführungen durchführten, usw.

Die zentralistische Macht des Präsidenten Mashadov kontrolliert nur einen kleinen Teil des Landes. Warlords, die sich ihm widersetzen, wie Bessayev, haben den wahabitischen Islam als eine Art nationales Bindemittel und Kontrollfunktion für die gesamte Region. Sie werden von Saudi-Arabien, den Taliban und anderen islamischen Fundamentalisten unterstützt. Die fundamentalistischen Versionen des Islam sind beliebt und haben sich unter den Eliten verschiedener kultureller Gruppen im benachbarten Dagestan verbreitet, die gegen die herrschenden Stammesverbände rebellieren, welche wiederum von Moskau unterstützt werden. Das erneute Aufflammen der Krise im Nordkaukasus ist in der Tat von oppositionellen Kräften aus Dagestan ausgegangen, wobei tschetschenische Warlords daran teilgenommen haben. Ausbreitung und Krieg sind im Interesse der tschetschenischen Warlords,

denn das bekräftigt ihre Stellung gegen die Zentralmacht in [der Hauptstadt] Grozny.

Nach dem Ersten Tschetschenienkrieg (1994-1996), der mehr als hunderttausend Leben kostete, wurde es klar, dass das Problem nicht zu regeln ist und dass die Herrschenden auf beiden Seiten den Frieden nur als eine kurze Pause betrachtet hatten. Schon 1999 war die Unvermeidbarkeit einer Eskalation offensichtlich.

Die Verschlechterung der politischen und wirtschaftlichen Lage in Russland und Tschetschenien hat die Herrschenden in einen neuen „siegreichen“ Krieg geführt, der ein nationalistisches Ablenkungsmanöver darstellte. Als eine Ausrede für den neuen Konflikt diente der russischen Elite die Entführungen durch tschetschenische Warlords betrieben wurden und deren islamistische Oppositionsaktivitäten in den benachbarten Regionen. Im Herbst [2004] hat das russische Militär seine sogenannte „Anti-Terror-Operation“ begonnen, die sich sehr rasch als totale Intervention herausgestellt hat. Seitdem herrscht wieder Krieg.

Wenn wir über Interessen reden, müssen wir auch die Positionen der westlichen Herrschenden betrachten. Es ist logisch, dass diese so zwiespältig sind, wie die Zwiespältigkeit der Interessen der westlichen Mächte in der Region. Auf der einen Seite haben sie Angst vor den Folgen eines möglichen unkontrollierten Zerfalls des russischen Imperiums, sie haben Angst vor Chaos in diesem Teil Osteuropas und Nordasiens und sie haben Angst vor dem Verlust ihres Monopols an Atomwaffen. Die westlichen Staaten brauchen ein starkes Russland, aber nicht zu stark. Russland soll die Rolle einer regionalen Supermacht ausüben, die ein Bollwerk gegen Islamismus und Fundamentalismus darstellt und auf diese Art die Interessen des westlichen Imperialismus verteidigen.

Aber Russland soll sich mit dieser Rolle zufrieden geben und nie wieder anstreben eine Weltsupermacht zu werden. Solche Verflechtungen sind bezeichnend für die Politik der westlichen Staaten in Bezug auf Russland und besonders in der Frage dieses Krieges. Sie blicken voll Neid auf das Wiederaufleben und die neue Arroganz des russischen Militärs, aber förmlich verdammen sie den russischen militärischen Terror und Massenmord in Tschetschenien. Aber gleichzeitig sind sie zufrieden mit den offiziellen kindischen Sanktionen und immer wieder erinnern sie daran, dass Tschetschenien „sowieso zu Russland gehört“.

Vadim D.

KRAS-IAA Moskau
(Konföderation Revolutionärer Anarcho-Syndikalisten - Internationale ArbeiterInnen-Assoziation)

http://www.kras.fatal.ru
http://www.iwa-ait.org

Anmerkungen:
(1) Mashadov = u.a. tschetschenischer Präsident
(2) Basayev = tschetschenischer [Rebellen-]Führer

Quelle:
"Abolishing the Borders from Below" #12, http://www.abb.hardcore.lt

Übersetzung:
Anarchosyndikat “eduCat”, http://anarchosyndikalismus.org

Peter ist weg...

Unser lieber Weggefährte Peter Hucklenbroch ist nun schon seit über einem Jahr tot.

Er starb am 23. Dezember 2003 im Alter von 47 Jahren bei einer Gehirnoperation. Er hatte gehofft, mehr über seinen Hirntumor zu erfahren. Doch eine Blutung liess sich nicht mehr stoppen.

Viele Jahre kannten wir ihn als unermüdlichen Aktivisten, der in Diskussionen und Gesprächen oft seine Stimme für Freiheit, Gleichheit und Solidarität erhob. Nachdem er in der Umweltbewegung aktiv war, studierte er in Bonn Landwirtschaft, war in der studentischen Selbstverwaltung und als Autor der Kulturzeitschrift "*Anmaßung*" tätig. Schließlich kehrte er der akademischen "Lumpenbourgeoisie" den Rücken zu und war lange Zeit als Anarchosyndikalist und Arbeitslosenaktivist organisiert.

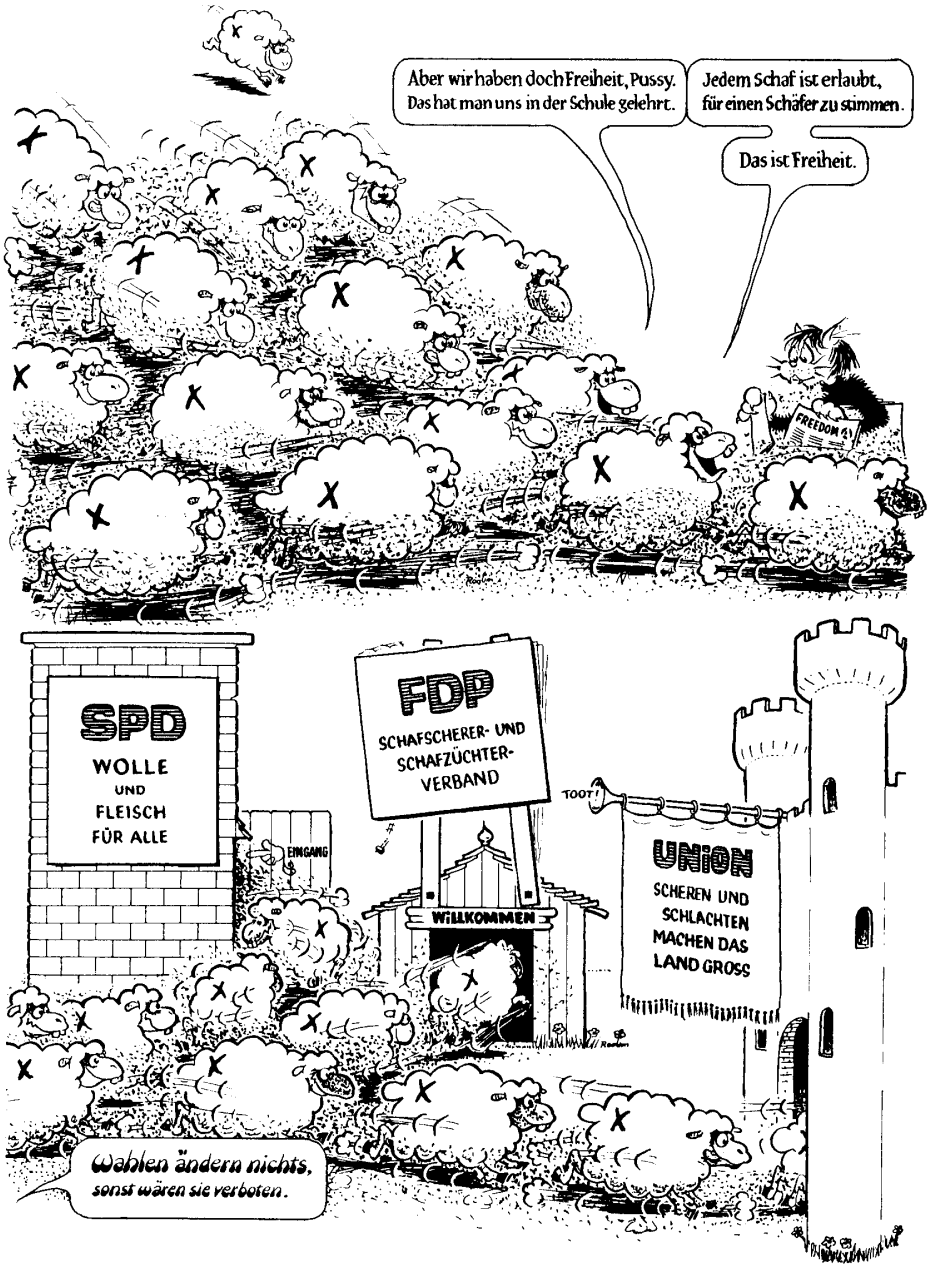
Sein historisches Wissen fehlt uns und wir vermissen sein Lachen immernoch...

Brot und Rosen

```
  G                   em          am                        D
Wenn wir zusammen gehen,  geht mit uns ein schöner Tag,
         G                      em           am                        D
durch all die dunklen Küchen und wo grau ein Werkshof lag,
      G                      em          C              D
beginnt plötzlich die Sonne unsre arme Welt zu kosen,
         G                     em       C       D   G
und jeder hört uns singen: |:Brot und Rosen:|

  G                   em          am                        D
Wenn wir zusammen gehn, kämpfen wir auch für den Mann
  G                   em               am                  D
weil ohne Mutter kein Mensch, auf die Erde kommen kann.
      G                      em               C                   D
Und wenn ein Leben mehr ist, als nur Arbeit Schweiß und Bauch,
         G                                em              C          D       G
woll'n wir mehr, gebt uns das Leben, doch |:gebt uns Rosen auch!:|

  G                   em          am              D
Wenn wir zusammen gehn, gehn unsre Toten mit,
      G              em             am                          D
ihr ungehörter Schrei nach Brot, schreit auch durch unser Lied,
      G                em                C                          D
sie hatten für die Schönheit, Liebe, Kunst erschöpft nie Ruh,
         G                     em          C         D        G
drum kämpfen wir ums Brot, und |:um die Rosen dazu.:|

  G                   em          am                        D
Wenn wir zusammen gehn, kommt mit uns ein bessrer Tag.
      G                      em                 am                       D
Die Menschen die sich wehren, wehren aller Menschen Plag.
      G                    em              C                    D
Zu Ende sei, dass kleine Leute schuften fuer die Großen!
 G                         em         C          D   G
Her mit dem ganzen Leben: |:Brot und Rosen!:|
```

Text: Peter Maiwald, Musik: R. Fresow

Lied der Textilarbeiterinnen, die 1912 in Massachusetts (USA) spontan gegen Kürzungen beim Stundenlohn ($8,76 bei einer 54-Stunden-Woche) protestierten. Das war der Beginn eines 9-wöchigen, erfolgreichen Streiks.



aus: Wildcat-Comics, Freedom Press

Erster Mai - alles vorbei?

Für die grosse Mehrheit der Arbeitenden hat dieses Datum sowieso keine Bedeutung, es ist längst nicht mehr der "Kampftag der Arbeiterklasse".

Stattdessen ist der Erste Mai eine gute Gelegenheit für einen frühsommerlichen Familienausflug ins Grüne, vielleicht sogar zum Würstchenessen beim DGB-Strassenfest. Dort gibt es die üblichen Sonntagsreden der GewerkschaftsfunktionärInnen, die ihr "Bündnis für Arbeit" mit den Wirtschaftsbossen als notwendig und fortschrittlich schönreden.

Standortnationalismus statt Solidarität

Dabei verteidigen die DGB-Gewerkschaften den "Standort Deutschland" mit aller nationalen Härte gegen die angebliche Konkurrenz in den Niedriglohnländern Osteuropas und Asiens. Sie vertreten nur die Interessen der organisierten FacharbeiterInnen mit Tarifschutz und Rentenanspruch. Für einen zunehmenden Teil der Bevölkerung, der aussertariflich arbeitet (Prekarisierte / Illegalisierte) ist der 01.05. ohnehin kein freier Tag und sie bekommen auch keinen Feiertagszuschlag ausgezahlt.

Meine Arbeit ist unbezahlbar - bin ich deshalb wertlos?

Strassen kehren, Teller spülen, Junge und Alte verpflegen, Kaffee servieren, Websites layouten,... - immer mehr der sozial notwendigen Tätigkeiten werden in Zukunft durch Ein-Euro-Jobs abgewertet. Der staatliche Arbeitszwang und der Lohndruck des Marktes schaffen in der Bundesrepublik die Rahmenbedingungen für einen wachsenden Niedriglohnsektor. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg werden große Teile der deutschen Bevölkerung an die Armutsgrenze gezwungen, wo sich das "*ausländische Proletariat*" (laut Gewerkschaft der Polizei) längst befindet.

Alles schon Geschichte

Als die deutschen Gewerkschaften 1919 gemeinsam mit der Sozialdemokratie den Ersten Mai als ersten "Nationalfesttag" einführten, da wollten sie nicht an die seit 1886 durchgeführten Massenstreiks für den 8-Stunden-Tag erinnern. Sondern sie wollten einen staatlich geschützen Feiertag, der "*den hohen Idealen des internationalen Arbeiterschutzes und des dauernd gesicherten Weltfriedens*" gewidmet war. Dies sollte ein "Mittel zur Vereinigung und Zusammenführung des gesamten *Volkes*" werden. Als an diesem "Feiertag" jedoch die Münchener Räterepublik von Militär und Faschisten niedergeschossen wurde, fürchtete die SPD, dass dieser Tag in den folgen Jahren erneut zu blutigen Auseinandersetzungen mit ArbeiterInnen führen könnte. Also wurde dieser "Nationalfesttag" direkt wieder abgeschafft, aber in weiten Teilen der Weimarer Republik blieb der Erste Mai trotzdem arbeitsfrei.

Erst die Nationalsozialisten machten aus dem 01.05. den "*Tag der deutschen Arbeit*". Trotz aller Versuche der deutschen Gewerkschaftsführer sich dem NS-Staat anzubiedern, wurden ihre Organisationen am 02.05.1933 zerschlagen, verstaatlicht und zur "*Deutschen Arbeitsfront*" vereinigt. So wie die deutschen Gewerkschaften schon im Ersten Weltkrieg den "Burgfrieden" mit dem kaiserlichen Militärstaat geschlossen hatten, so liessen sie - fast ohne Gegenwehr - zu, dass der nationalsozialistische Staat als ein Mittel seines Terrors die un(ter)bezahlte Zwangsarbeit einführte.

Die Wirtschaftsführer von heute brauchen den Ersten Mai nicht mehr, um die Arbeitenden zu befrieden. Immer wieder versuchen sie diesen gesetzlichen Feiertag abzuschaffen, weil auch an diesem Tag ganz normal gearbeitet werden soll. Doch ob Feiertag oder nicht - nur Solidarität, (General-)Streik, Boykott und Direkte Aktionen machen jeden Tag zum Ersten Mai!

Anarchosyndikat "eduCat"
http://anarchosyndikalismus.org

KLEINANZEIGE:

Es werden noch Leute gesucht, die das neu und erstmals ins Deutsche übersetzte Theaterstück "*Wilhelm Reich in der Hölle*" von Robert Anton Wilson ("*Illuminati*") lesen und ggf. mit bearbeiten / umsetzen wollen. Es handelt sich um ein Punk-Rock-Musical über den 1957 nach dem (zweiten) Verbrennen seiner Bücher in New York im US-Knast gestorbenen Psychologen Wilhelm Reich ("*Massenpsychologie des Faschismus*") mit einer Gerichtsverhandlung vor Zirkuskulisse, sowie Satan als Zirkusdirektor & Richter, de Sade & von Masoch als Staatsanwälte usw.!

Kontakt über "eduCat":
educat@anarchosyndikalismus.org

Viele der Ideen Reichs stammen übrigens von dem libertären, ganzheitlichen Psychologen Otto Grosz.

Kurzmeldungen

Köln/Vatikan: 1. Anti-Klerikale Festspiele geplant

Mitte August werden in Köln die 1. Anti-Klerikalen Festspiele stattfinden, zu denen nebst hunderttausenden Irregeleiteten sogar der neue alte Kostüm-Fascho vom "Opus Dei" anreisen wird. Unter anderem sind in Planung:
Veranstaltungen zu historischen und aktuellen Verbrechen der Kirche, Blasphemie in Theorie und Praxis, Anti-Kannibalismus-Workshop, eva- & adamistische pink-silver Kondom-Prozessionen u.v.m.
Zur Organisation usw. werden noch einige Interessierte und viele Ideen gesucht, die sich bitte beim eduCat melden sollten. Bis dahin gilt folgender Aufruf (oder wir beginnen mit dem Abriss des Doms) - "*Kölner Appell*":
"*Wir fordern die sofortige Abschiebung [in den Vatikan] des gemeingefährlichen Serientäters und fundamentalistischen Hasspredigers von Köln, Erzoberpfaffe Kardinal Meissner, dessen volksverhetzende Tiraden gegen Homosexuelle, Andersgläubige und Drogenabhängige seit Jahrzehnten das Klima in der Stadt und darüber hinaus vergiften.*"
Schluss mit der intoleranten Parallelgesellschaft aus dem fernen Vatikan! Kein Gott, kein Staat, kein Vaterland!

Aachen: Anarchistenprozess

Am 23. März begann vor dem Schwurgericht der Prozess gegen die "Aachener Vier", die belgischen und spanischen Angeklagten (darunter drei Anarchisten): Bart de Geeter, Jose Fernandez Delgado, Gabriel Pombo da Silva und dessen Schwester Begonia. Sie waren am 28. Juni 2004 verhaftet worden, nachdem sie bei einer Grenzkontrolle flohen. Dabei gaben sie mehrere Schüsse ab und nahmen verschiedene Geiseln. Diese Eskalation schockiert zunächst sicherlich jeden Menschen, und wirft mehr Fragen auf, als hier zu klären sind. Soviel in Kürze: Die Gefangenen haben z.T. jahrelange Haft in den berüchtigten spanischen Hochsicherheits-Folterknästen (F.I.E.S.) hinter sich. Auch in Aachen werden sie in Isolation gehalten. Solidaritätsgruppen begleiten den Prozess und haben sich sogar aus Protest gegen die unwürdige Körperdurchsuchung der Angeklagten vor Gericht nackt ausgezogen. Am 4. Mai gab es einen internationalen Aktionstag, um die Solidarität zu bekunden und politisch über die Kriminalisierung des sozialen Widerstands und die staatsterroristischen Haftzustände aufzuklären. Infos zum Verfahren und zum aktuellen Prozessverlauf:
http://de.indymedia.org,
http://www.escapeintorebellion.info

Koblenz/Eifel: Proteste gegen Atomwaffen

Deutsche Justiz im Delirium:
1. Akt: Im November 2004 wurden vier gewaltfreie AtomwaffengegnerInnen wegen Verteilung eines Flugblattes vor dem Atom-Fliegerhorst Büchel (Eifel) zu zwei Monaten Haft verurteilt. Ihr Aufruf an SoldatInnen, die rechtswidrigen Befehle zu verweigern, sollte die potentiellen Profikiller in Uniform vor möglichen Straftaten im Dienst warnen und bewahren. In Büchel lagern trotz "Völker"-recht und Grundgesetz NATO-Atomwaffen (vom Bruch des Atomwaffensperrvertrags ganz zu schweigen). Das Amtsgericht Cochem missachtete vorhergehende Urteile, nach denen Gehorsamsverweigerung bei unverbindlichen Befehlen nicht rechtswidrig sei. Ebenso sind wie Aufrufe zur Fahnenflucht und Befehlsverweigerung von der Meinungsfreiheit geschützt.
2. Akt: Das Landgericht Koblenz widerrief dieses Urteil im März 2005, da die Angeklagten eindeutig nicht zu rechtswidrigen Straftaten aufgefordert hatten. So weit, so gut,... Weiter geht´s.
3. Akt: Am 22.April ließ die Staatsanwaltschaft Koblenz einen rechtswidrigen Durchsuchungsbefehl gegen einen der Freigesprochenen ausstellen, obwohl weder eine Straftat noch Klärungsbedarf vorliegt.

Büren: Erfolgreicher Hungerstreik im Abschiebeknast

Seit dem 1. Januar hatte sich der Kurde Dogan Güven mit einem Hungerstreik als letztem verzweifeltem Akt gegen seine drohende Abschiebung in die Türkei zu wehren versucht. Dort drohen ihm etliche Jahre Knast wegen seiner journalistischen Tätigkeit und kritischer Artikel. Am 9. Februar hatte er sich in seiner Verzweiflung, und um trotz seiner extremen gesundheitlichen Schwächung nicht vor dem türkischen Konsulat erscheinen zu müssen, auch noch die Pulsadern aufgeschnitten. Nach seiner Rettung wurde er in einer Einzelzelle isoliert, wo seine Prellungen im Brustbereich nur dadurch auffielen, dass Betreuer des Vereins "Hilfe für Menschen in Abschiebehaft" ihn besuchten. Die Verletzungen waren ihm von den JVA-Schliessern zugefügt worden. Am 16. März kam endlich die Nachricht: Dogan Güven ist nach 75 Tagen Hungerstreik und Isolationshaft freigelassen worden! Er befindet sich auf dem Weg der Besserung. Sein Asylfolgeantrag wird bearbeitet, da nun neue Beweise vorlägen, dass er aufgrund politischer Äußerungen mit politischer Verfolgung zu rechnen habe. Viele KurdInnen/TürkInnen sind weiterhin bedroht und müssen gegen staatliche Verfolgung geschützt werden.
http://www.gegenabschiebhaft.de

Essen: Brandanschlag auf Asylbewerber-Unterkunft

Dienstag-Nacht (15.03.) verübten "unbekannte Täter" einen Brandanschlag auf eine Asylbewerber-Unterkunft in Essen-Altendorf. Das Haus das sie mit zwei Molotow-Cocktails angriffen war von zwei Familien bewohnt (WDR berichtet fälschlicherweise es sei unbewohnt) und beheimatet eine Kindertagesstätte.

Nur durch Glück entdeckte ein Bewohner gegen 00:10 Uhr das noch kleine Feuer an der Außenwand des Gebäudekomplexes und löschte den Brand. Eine Bewohnerin verständigte die Polizei, die nach eintreffen in unmittelbarer Nähe des Tatorts eine zweite Flasche fand an der zum Glück nur die Lunte und nicht der Inhalt gebrannt hatte.

Der Leiter der Ermittlungen, Kriminaloberrat Gerhard Bürgel: "Wir müssen zurzeit von einer gezielten Aktion gegen das Heim oder dessen Bewohner ausgehen und ermitteln wegen versuchter schwerer Brandstiftung."

Den Faschisten keinen Meter Straße! - Schaut nicht weg - Greift ein! Nie wieder Faschismus!"

Quelle: http://de.indymedia.org

Köln: Prozess gegen rassistischen Messerstecher

Nachdem vor 2 1/2 Jahren ein 45 Jahre alter Mann (deutsch) seinen aus dem Iran stammenden Nachbarn mit einem Küchenmesser niedergestochen und schwer verletzt hatte, der sich über zu laute Musik beschwert hatte, sprach das Landgericht nun dem Opfer 36.000 Euro an Schmerzensgeld und Schadensersatz zu. Der rassistische Aggro-Teutone wurde im März wegen versuchten Totschlags zu 6 Jahren Haft verurteilt, u.a. weil er Tat und Tötungsabsicht angekündigt hatte ("*Den Kanaken bring ich um.*").

"Kanake" ist im Übrigen polynesisch und bedeutet "Mensch".

Türkei: Kriegsdienstverweigerer im Knast

Der Kriegsdienstverweigerer Mehmet Tarhan wurde am 8. April und steht nun vor Gericht. Ihm drohen bis zu 5 Jahre Haft wegen Fahnenflucht. Auch Sahin Ozbay hat aus Gewissensgründen den Militärdienst abgelehnt und wurde deshalb verhaftet und angeklagt. Die Prozesse werden von internationalen BeobachterInnen begleitet.

Mehr Infos bei "War Resisters International" (WRI)
http://wri-irg.org/

Dortmund/Schwerte: Antifas ermordet

Am Freitag, dem 15. April, wurde ein 34jähriger Bochumer von einem gleichaltrigen Mann mit fünf Messerstichen tödlich verletzt und starb. Der Mörder und seine Freundin hatten zuvor einen Streit mit einer Gruppe Leute auf einem Fest in den Ruhrwiesen in Schwerte, bei der der Angreifer - laut WDR-Angaben - auch rechtsradikale Parolen ("Heil Hitler") von sich gegeben hatte. Der Täter und seine Freundin flüchteten, wurden aber von der Polizei zu Hause festgenommen. Er soll laut Polizeiangaben bereits wegen Körper-verletzung vorbestraft sein. Aus Protest gegen den tödlichen Messerangriff des Rechtsradikalen ifand am Sonntag, dem 17. April, eine Protestkundgebung in Schwerte (NRW) statt.

Bereits am 28.März griffen ein 17Jähriger Dortmunder Neonazi und seine 16Jährige Freundin in der U-Bahn den 32-Jährigen Punk Thomas S. an. Der Neonazi stach mit einem Messer mehrfach auf den wehrlosen Punk ein. Das Paar floh anschließend Richtung Hauptbahnhof, konnte aber von der Polizei verhaftet werden. Thomas S. verstarb noch am selben Abend im Krankenhaus. Am nächsten Tag provozierte erneut ein Neonazi vor der Gedenkkundgebung in der U-Bahn und bedrohte die Antifaschisten mit einem Messer - zum Glück ohne Erfolg.

Wuppertal: 1.Mai-Demo

In Wuppertal fand erneut die "Autonome 1.Mai-Demo" mit etwa 200-300 TeilnehmerInnen statt. Die Demo zog unangemeldet durch die Innenstadt und immer wieder gelang es der Polizei einige Leute festzuhalten und Personalien aufzunehmen. Ein Typ mit Nazi-T-Shirt wurde von Antifas verjagt und von der Staatsmacht mit Knüppeleinsatz und Hunden geschützt. Als Abschluss der Demo gab es dann ein Strassenfest in der Nordstadt mit Live-Musik, Volxküche und (leider nur) einem Büchertisch.

Argentinien: Angriffe auf ArbeiterInnen

In der besetzten Kachelfabrik Zanon produzieren die ArbeiterInnen seit drei Jahren in der selbstverwalteten Kooperative "Fábrica sin Patrones" (Fabrik ohne Chefs). Sie konnten bisher mehrere Räumungsversuche abwehren. Das Ende des Konkursverfahrens und eine mögliche Legalisierung stehen in Kürze an. Jetzt werden die ArbeiterInnen schmutzigen Methoden angegriffen: Eine Woche nach telefonischen Morddrohungen gegen die Kachelarbeitergewerkschaft wurde am 4. März wurde die Frau eines Zanon-Arbeiters von Vermummten entführt und verletzt und ihre Familie bedroht.
http://de.indymedia.org//2005/03/109058.shtml